

Pharma|report

Nachrichten und Hintergründe aus der pharmazeutischen Industrie



Foto: BPI e. V./Kruppa

TITELTHEMA

„Wir brauchen den Masterplan Pharma“

Die Ampelregierung muss bei der Arzneimittelversorgung auf Zukunft schalten. Das forderte der BPI-Vorsitzende Dr. Hans-Georg Feldmeier bei der digitalen Hauptversammlung in Berlin.

Wir brauchen eine Standort-sicherung in Deutschland und Europa zu vernünftigen, auskömmlichen und vor allem stabilen Rahmenbedingungen. Wir brauchen den Masterplan Pharma“, sagte Feldmeier. Zugleich kritisierte er, dass die im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen in einigen Teilen zu unkonkret seien.

Zwar gebe es Signale zur Stärkung des Pharmastandorts und zur Entbürokratisierung. Gleichzeitig blieben investitionsfeindliche Maßnahmen, wie das Preismoratorium, seit mehr als elf Jahren bestehen. Zudem müssten neue Arzneimittel in Deutschland weiterhin schnell verfügbar sein, forderte der BPI-Vorsitzende. „Die aktuelle Coronakrise belegt, wie wichtig

ein innovationsoffenes System ist. Hier setzt die neue Koalition falsche Signale. Arzneimittel sind Investitionen in die Gesundheit und die Pharmaindustrie ist ein krisenerprobter Garant zur Sicherung und Stärkung des Standortes Deutschland.“ Die Coronakrise müsse nun zu einem politischen Umdenken und Handeln im Arzneimittelbereich [➤ SEITE 2](#)

FORUM

OTC-Markt in Bewegung

Die COVID-19-Pandemie hat viele OTC-Hersteller durch das Ausbleiben typischer Krankheiten, wie Erkältungen, stark getroffen und ihre Sortimente überdenken lassen. Die Hersteller waren und sind in dieser Krise weiterhin gefordert. [➤ SEITE 4](#)

FORUM

Digitalministerium?

Ob wir eine zentrale politische Steuerung der Digitalisierung brauchen, kommentieren Prof. Jeanette Hofmann (WZB) und Dr. Thomas Koenen (BDI) unterschiedlich. Ihre Perspektiven teilen sie mit uns im Pro&Contra. [➤ SEITE 5](#)

FORUM

Kostendiskussion

Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte sind mehr als ein Ausgabenfaktor für das Gesundheitssystem. Auf der HV-Presskonferenz sprach Dr. Hans-Georg Feldmeier, BPI-Vorsitzender, über positive Folgeeffekte, stabile Kosten und Wertschöpfung. [➤ SEITE 9](#)



Schreiben Sie uns

Redaktion
Pharmareport
c/o Bundesverband
der Pharmazeutischen
Industrie e.V. (BPI)
Friedrichstraße 148
10117 Berlin

pharmareport@bpi.de

82

Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass Deutschland mehr in die Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln investieren sollte.

► VON SEITE 1 | „WIR BRAUCHEN DEN MASTERPLAN PHARMA“

führen“, so Feldmeier. „In unserem Masterplan Pharma machen wir konkrete Vorschläge.“

Diese hatten auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Babette Reiken und Dr. Bettina Bauer beim politischen Vorabend in der Diskussion mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Gabriele Katzmarek (SPD), Tino Sorge (CDU) und Kathrin Vogler (Die Linke) betont: „Mit ihrer Arzneimittelpolitik entscheidet die Ampel aktiv darüber, Deutschland wieder zur Apotheke der Welt zu machen. Und dafür benötigen wir innovations- und investitionsfreundliche Bedingungen“, so Dr. Bauer. Und Reiken unterstrich: „Die Themen EU-Produktion und Standortstärkung treiben nicht nur den Mittelstand um. Ich wünsche mir, dass die neue Regierung daran weiterarbeitet“.

Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek sagte in seinem politischen Grußwort, dass die Gesundheitswirtschaft die neue Leitökonomie unseres Landes werden kann, doch dafür bräuchte es die richtigen Rahmenbedingungen.

In der Podiumsdiskussion debattierte BPI-Hauptgeschäftsführer Dr. Kai Joachimsmen mit dem Focus-Kolumnisten Jan Fleischhauer, dem Virologen Prof. Hendrik Streeck und dem Unternehmer Dr. Tobias Gantner über die aktu-



Unternehmer Dr. Tobias Gantner, Moderatorin Angela Elis, Kolumnist Jan Fleischhauer und BPI-Hauptgeschäftsführer Dr. Kai Joachimsmen bei der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.).

„Die Gesundheitswirtschaft kann die neue Leitökonomie unseres Landes werden. Doch dafür bräuchte es die richtigen Rahmenbedingungen.“

elle Coronalage. Dr. Joachimsmen bekräftigte, dass das Impfen die einzige Lösung für die Pandemie sei und forderte von der Politik, Arzneimittel als Investitionen in die Gesundheit und nicht als Kostenfaktor zu begreifen. Jan Fleischhauer kommentierte mit Blick auf die neue Regierung: „Was immer die Ampel bringen wird, es ist alles besser als Rot-Rot-Grün“.

Prof. Streeck betonte, dass die Hospitalisierung bei Geimpften wesentlich geringer sei, und dass eine Impfung der beste Weg aus der Pandemie heraus ist. Dabei gelte es stärker auf den Nutzen der Impfung hinzuweisen und gute Beratungsangebote zu schaffen. Laut Dr. Gantner müssten in Zukunft Gesundheitsdaten mittels künstlicher Intelligenz genutzt werden. Aum

EDITORIAL

Soviel Aufbruch war selten

Die neue Regierung hat sich gefunden.
Der Koalitionsvertrag ist ausbaufähig.

Bei aller Sorge, die angesichts der Coronalage in Deutschland herrscht, nehme ich im Gesundheitswesen auch viel Aufbruch wahr. Auf unserer Hauptversammlung (siehe Titelstory, Seite 1/2) prognostizierte ein Arzt und Unternehmer, dass wir durch Datenspenden und ein KI-System schon bald „vor das Virus“ kämen.

Auch der neue Ampelkoalitionsvertrag ist immerhin da zukunftsorientiert, wo er von der Stärkung des Gesundheitsstandortes spricht. Zugleich muss man

aber auch kritisieren, dass er innovationsfeindliche Passagen enthält und Hürden wie das Preismoratorium erhalten bleiben sollen (Seite 7). Hier gilt es weiter zu insistieren und auf die negativen Auswirkungen für die Arzneimittelversorgung aufmerksam zu machen. Die neue Bundesregierung sollte auf Bayern schauen, wo die Staatsregierung mit der Pharmaindustrie in einem konstruktiven Dialog steht, um bessere Rahmenbedingungen zu erreichen (Seite 11).

Ihr Kai Joachimsmen



Dr. Kai Joachimsmen
BPI-Hauptgeschäftsführer

„Konstruktiver Dialog mit der Regierung notwendig.“

Gemeinsam in Europa den Krebs bekämpfen

Zusammen mit Expertinnen und Experten diskutierte der BPI über eine hochwertige Arzneimittelversorgung von Krebspatientinnen und -patienten in Europa.

Knapp fünf Millionen Menschen erkranken jährlich in Europa an Krebs. Doch wie lassen sich europaweit Maßnahmen in der Krebsmedizin bündeln, um eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten? Die ehrgeizige Antwort auf diese Frage liefert der „Europäische Plan zur Krebsbekämpfung“, die größte Initiative dieser Art seit den 1990er-Jahren. Ziel des Plans: Alle Krankheitsaspekte von Krebserkrankungen vollumfassend zu beleuchten.

Gemeinsam mit dem europäischen Pharmaverband EUCOPE ging der BPI bei einer Onlineveranstaltung mit Expertinnen und Experten aus Forschung und Medizin sowie Entscheidungsträgern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission der Frage nach, wie innovative Diagnostik und personalisierte Arzneimitteltherapien die Versorgung von Krebspatientinnen und -patienten neben den Basistherapien verbessern können.

Der Generalsekretär von EUCOPE, Dr. Alexander Natz, betonte, wie wichtig es sei, dass die Mitgliedstaaten aktiv Unterstützung leisten, allen Betroffenen in der EU flächendeckend einen Zugang

„Ohne europäische Zusammenarbeit werden wir den Krebs nicht besiegen können.“

Dr. Peter Liese, MdEP und gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion

zu innovativen Diagnostika und Therapien zu ermöglichen.

Dies sei nur mit einer engen internationalen Zusammenarbeit möglich. Dem stimmte Dr. Peter Liese, gesundheitspolitischer Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP), zu: „Ohne europäische Zusammenarbeit werden wir den Krebs nicht besiegen können.“ Viele Ursachen von Krebserkrankungen sind bislang zudem noch unbekannt. Dem Fraktionsvorsitzenden der EVP,

Manfred Weber, zufolge, verlangt eine gezielte Arzneimittelversorgung massive Forschungsinvestitionen. Dr. Kai Joachimsen, BPI-Hauptgeschäftsführer, stellte heraus, dass in Zukunft neben dem „Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung“ auch die Überarbeitung des EU-Arzneimittelrechts entscheidend sei, um ein breites Spektrum an Versorgungsmöglichkeiten für Krebspatientinnen und -patienten europaweit sicherstellen zu können. LL

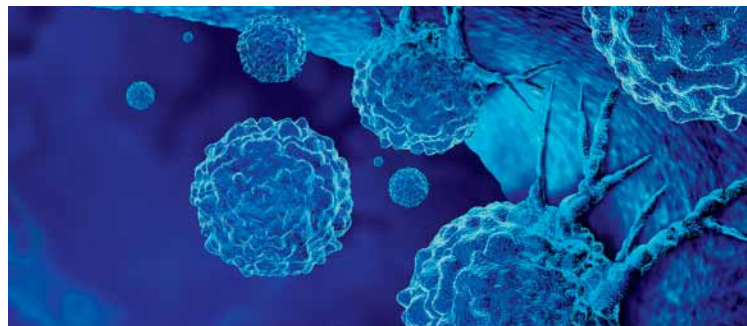


Foto: Shutterstock/Lightspring

Innovative Diagnostik und personalisierte Therapien in der Krebsmedizin standen im Fokus der digitalen BPI-Veranstaltung zum Thema „Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung“.

Ein Jahr DiGA

Was hat sich seit der Markteinführung Digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGA) verändert, was erwartet uns?



Vor über einem Jahr wurde die erste DiGA beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gelistet und stand damit der Gesundheitsversorgung von Patientinnen und Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Verfügung. Der BPI hat ihre Markteinführung begleitet und intensiv als Partner des Rahmenvertrags mitgewirkt. Im Laufe eines Jahres gelang es den Herstellern, auch infolge von sehr schnellen Zulassungsverfahren

beim BfArM, weit über 20 DiGA in die Versorgung zu integrieren. Dies ist ein erster und wichtiger Schritt. Doch was braucht es, um DiGA flächendeckend in der Versorgung zu etablieren? Die Krankenkassen erwarten ein hohes Evidenzniveau, um ihren Mitgliedern den Zugang zu den „Apps auf Rezept“ zu ermöglichen. Die Ärzteschaft benötigt zielgerichtete Informationen und fordert, stärker in der Entwicklungsphase der DiGA eingebunden zu sein.

Gleichermaßen gilt es, die Sichtweisen von Verbrauchern sowohl in der Entwicklungs- als auch Anwendungsphase zu berücksichtigen.

Um all diese Anforderungen zu vereinen, fordern Hersteller und Anbieter vor allem einen Abbau der bürokratischen Hürden im Verordnungsprozess. Das Fazit zum Einjährigen fällt entsprechend gemischt aus: Es ist bereits viel erreicht – aber auch noch viel zu tun.

BMq/LL

OTC-Markt in Bewegung

Die COVID-19-Pandemie sorgt nicht nur für tiefe Einschnitte im Leben der Bevölkerung, sondern auch für wirtschaftliche Herausforderungen in Pharmaunternehmen.

Bei der BPI-Selbstmedikationskonferenz „OTC-Markt: Wie beeinflusst Corona die langfristige Marktentwicklung?“ diskutierten Expertinnen und Experten, wie sich Entwicklungen im Marktsegment „Consumer Health Care“ sowie das Einkaufsverhalten von Konsumenten im Laufe der Pandemie auf pharmazeutische Unternehmen ausgewirkt haben. „Insbesondere die ausgebliebene Erkältungssaison 2020/2021 hinterließ bei vielen OTC-Herstellern Spuren“, erläuterte Thomas Heil, Marktforscher bei IQVIA. Nach Bevorratungskäufen Ende März 2020, brach die Kundenfrequenz in den Vor-Ort-Apotheken während der Lockdowns dramatisch ein. In dieser Zeit etablierte sich der Onlinekauf in vielen OTC-Warengruppen. Den größten Käuferanteil im Apothekenversandhandel machten, laut Dr. Kai N. Bergner und Andrea Zacharias vom Marktforschungsinstitut GfK, vor allem die Gruppen der 30- bis

„Insbesondere die ausgebliebene Erkältungssaison 2020/2021 hinterließ bei vielen OTC-Herstellern Spuren.“

Thomas Heil, IQVIA

39-Jährigen sowie der 50- bis 59-Jährigen aus. „Immerhin sind aber noch 23,8 Millionen Menschen exklusive Apotheke-Vor-Ort-Käufer. Das Gros ist also noch in der Apotheke vor Ort“, sagte Dr. Bergner.

Für Prof. David Matusiewicz von der FOM Hochschule steht fest, dass die digitale Präsenz für OTC-Hersteller immer wichtiger wird: „Ich glaube, wir werden immer mehr Telemedizinanbieter haben.“

Dass Arzneimittelhersteller pandemiebedingt ihre Marktstrategien anpas-

sen mussten, bestätigte auch Walter Pechmann (GfK): „Der OTC-Markt ist in Bewegung. Viele Arzneimittelhersteller haben während der Pandemie ihre Sortimente um weitere Produktsparten ergänzt. Der Trend geht zur Diversifikation.“

Der Zukunftsforscher Matthias Horx sagte: „Durch die Pandemie wurden auch im Medikamentenbereich existenzielle Abhängigkeiten von viel zu lang gestreckten Wertschöpfungsketten deutlich“. Mit seiner „Post-Corona-Trendmap“ warf Matthias Horx einen Blick nach vorn. Neben der „Globalisierung“ sieht er weitere Zukunftstrends wie „Neo Work“, „Rurbanisierung“ und ein „Neues Digital“ – und erwartet systemische Reformen für das Gesundheitssystem.

Es bleibt spannend, welche Trends sich in Zukunft auf die Geschäftsmodelle von Herstellern im Arzneimittelmarkt der Selbstmedikation durchsetzen werden. LL



Sepsisinfektionen besser behandeln

75.000 Menschen versterben laut der Sepsis-Stiftung jährlich allein in Deutschland an einer Sepsis (Blutvergiftung). Um das zu verhindern, ist es entscheidend, die infektionsbedingte Überreaktion des Immunsystems schnell mit den richtigen Arzneimitteln zu behandeln. Neue Testverfahren und Therapieansätze verfolgen das Ziel, die Erreger schnellstmöglich zu bestimmen und frühzeitig die richtigen Arzneimittel einzusetzen.

It's the timing, stupid!

Ein vermeintlich verfrühtes Weihnachtsgeschenk und einen Masterplan Pharma im Gepäck.

Die BPI-Hauptversammlung ist natürlich immer der Höhepunkt des Verbandsjahres und das Event, auf das wir in der Kommunikation lange hinarbeiten. Und bei dem wir pointiert und öffentlichkeitswirksam unsere politischen Positionen setzen. Das war auch bei der diesjährigen, wieder im Digitalformat stattfindenden, Hauptversammlung der Fall. Doch diesmal war es eine ganz besondere Herausforderung und Chance zugleich. Denn wenige Tage vor dem Veranstaltungsdatum hieß es plötzlich: Der Koalitionsvertrag kann jeden Tag kommen. Und wir hofften und bangten, dass er uns kurz vorher, quasi wie ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk, präsentiert werden würde. Damit wir das Momentum kommunikativ nutzen und direkt darauf reagieren könnten.

Wir wurden belohnt! Genau einen Tag vor dem Beginn der HV erblickte das Werk der Ampelkoalitionäre das Licht der Öffentlichkeit. Als Weihnachtsgeschenk entpuppten sich darin enthaltene Zumutungen wie die Beibehaltung des Preismoratoriums oder der AMNOG-Erstattungsbetrag ab dem siebten Monat zwar nicht. Wir konnten aber perfekt an die Vorhaben der künftigen Bundesregierung anknüpfen und den Politikerinnen und Politikern unseren „Masterplan Pharma“ ans Herz legen. Darin enthalten: Zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung und Optimierung der Arzneimittelversorgung in Deutschland und Europa. Mit diesen Forderungen hatten wir bereits die Koalitionsgespräche begleitet, Anzeigen geschaltet und auf LinkedIn und Twitter ordentlich Wind

gemacht. Die Hauptstadtpresse informierten wir dann im Rahmen der Pressekonferenz zur HV und unser BPI-Vorsitzender machte deutlich, worauf es jetzt ankommt. Nämlich darauf, das Arzneimittel als Investition in die Gesundheit von uns allen und nicht als reiner Kostenfaktor wahrgenommen werden. Diese Botschaften wurden über verschiedenste Medien verbreitet. Und werden auch sicherlich weiterverfangen. Ganz anders bei der AOK, deren wissenschaftliches Institut (WIdO) uns ein neues (Wort-)Geschöpf, den Arzneimittelkompass, präsentierte. Denn Orientierung gab dieser nicht. Die magnetische Anziehungskraft des Konstrukts ließ wohl zu wünschen übrig. Zumindest in der Branchepresse war der Kompass nicht der wohl erhoffte Nordstern. Aum/FL



Brauchen wir ein Digitalministerium?

Es wird wohl absehbar keins geben, aber wäre es sinnvoll? Prof. Jeanette Hofmann (WZB) und Dr. Thomas Koenen (BDI) haben dazu unterschiedliche Meinungen.

PRO



Foto: Privat

Dr. Thomas Koenen, Leiter Abteilung Digitalisierung und Innovation im Bundesverband der Deutschen Industrie: Die digitale Transformation Deutschlands wurde in den letzten Jahren politisch nicht entschlossen genug vorangetrieben. Dies wird u. a. im eklatanten Digitalisierungsdefizit in Verwaltung und Bildung deutlich. Digitalisierung benötigt eine zentrale politische Steuerung und damit verbunden ein dezidiertes Ressort, das im Bereich Verwaltungsmodernisierung, Digitalkompetenzaufbau und digitale Infrastruktur aus einer Hand koordinierend steuert. Verantwortlich für die Umsetzung einzelner Digitalisierungsvorhaben müssen dabei weiterhin die Einzelressorts sein. Ob das neue Ressorts „Verkehr und Digitales“ diesen Anforderungen gerecht wird, bleibt abzuwarten.

„71 Prozent der Menschen in Deutschland sprechen sich für ein eigenständiges und starkes Digitalministerium nach der Bundestagswahl aus.“

Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom, für die mehr als 1.000 Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt wurden

CONTRA



Foto: David Auserhofer

Prof. Jeanette Hofmann, Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung, beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Die Expertise, Entschlusskraft und Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht, die wir mit einem Digitalministerium assoziieren, benötigen wir unbedingt, um den Ausbau des Glasfasernetzes und die Digitalisierung des öffentlichen Lebens endlich in Angriff zu nehmen. Mit dem Aufbau eines Ministeriums würden wir jedoch kostbare Zeit verlieren. Auch ein Ministerium ist immer nur so stark wie sein Budget, seine Kompetenzen, sein Führungspersonal. Die Schaffung der Abteilung digitale Gesellschaft im Bundesverkehrsministerium in der letzten Legislaturperiode hat gezeigt, dass sich mangelnde politische Ambitionen nicht durch ministerielle Strukturen kompensieren lassen.

KOMPAKT

BMF-ERLASS VERÖFFENTLICHT

F&E-Förderung

Das Bundesministerium der Finanzen hat kürzlich den Erlass zur Gewährung der Forschungszulage, der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, veröffentlicht. Eine Reihe an Praxisbeispielen, u. a. Besonderheiten zur Ermittlung und Nachweispflicht des förderfähigen Arbeitslohns oder zur steuerlichen Behandlung der Forschungszulage, haben Eingang in das Schreiben gefunden. PS

REPURPOSING-PILOT

Europa fördert Projekte

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und die Leiter der Arzneimittelagenturen haben ein Pilotprojekt zur Unterstützung akademischer Einrichtungen bei Repurposing-Projekten von Arzneimitteln ins Leben gerufen. Dies ist eine Folgemaßnahme der Diskussionen der Expertengruppe der Europäischen Kommission für den sicheren und rechtzeitigen Zugang zu Arzneimitteln für Patientinnen und Patienten im Sommer dieses Jahres. PS

ZIM: DAS GELD IST AUS

Keine Antragsannahme

Im Oktober hat das Bundeswirtschaftsministerium die Antragsannahme für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) gestoppt. Grund sei die erhebliche Steigerung der Nachfrage nach Projektförderung. Daher könnten vorübergehend keine Anträge mehr angenommen werden. Über die Wiederaufnahme der Antragsannahme werde in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Mitteln entschieden. PS

Ein Produktionsschrittmodell für Europa

Wie lässt sich die Produktion patentfreier Arzneimittel in Deutschland und Europa stärken? Der BPI hat dafür ein Produktionsschrittmodell entwickelt – und es rechtlich prüfen lassen. Im Interview erklärt Fachanwalt Dr. Roland M. Stein die Hintergründe und Ergebnisse des Gutachtens.



Foto: Urban Zintel

„Konsequenzen von Versorgungsengpässen können dramatisch sein.“

Zur Person

Dr. Roland M. Stein ist Gründungspartner von BLOMSTEIN und zählt zu Deutschlands führenden Anwälten im Vergaberecht. Als Fachanwalt für Vergaberecht berät er öffentliche Auftraggeber und Bieter der verschiedensten Industrien. Roland Stein ist Herausgeber des Beck'schen Online-Kommentars zum Vergaberecht und hat seit 2019 einen Lehrauftrag zum EU-Vergaberecht an der Freien Universität Berlin.

Herr Dr. Stein, die Kanzlei BLOMSTEIN, in der Sie Partner sind, hat für den BPI ein Gutachten erstellt. Worum geht es da?

Wir haben im Auftrag des BPI rechtliche Wege geprüft, bei der Vergabe von Rabattverträgen über patentfreie Arzneimittel zu berücksichtigen, ob ein Bieter Produktionsschritte in der EU oder in einem Unterzeichnerstaat des völkerrechtlichen Government Procurement Agreement (GPA) durchführt. Das hat den folgenden Hintergrund: Die Produktion patentfreier Arzneimittel, besonders von Generika, hat sich aufgrund verschiedener Faktoren in den letzten Jahren überwiegend auf einige wenige Hersteller konzentriert. Diese stellen die Arzneimittel – kostengünstig – vor allem in China und Indien her. Das trifft patentfreie Arzneimittel deshalb

besonders, weil die Vergabe entsprechender Rabattverträge derzeit im Kern ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgt, also das günstigste Angebot den Zuschlag erhält. Angesichts der Konzentration der Hersteller in wenigen Ländern kann auf Störungen der Lieferketten kaum reagiert werden, etwa durch Unfälle wie im Suezkanal, Naturkatastrophen oder z. B. pandemiebedingte Exportverbote wie in Indien im März 2020 für 26 Wirkstoffe und Arzneimittel. Diese Entwicklung gefährdet die Versorgungssicherheit mit patentfreien Arzneimitteln in Deutschland und der EU. Besonders dramatisch können die Konsequenzen von Versorgungsengpässen sein, wenn die betroffenen patentfreien Arzneimittel vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) als versorgungsrelevant qualifizierte Wirkstoffe enthalten. Das sind solche Wirkstoffe, die in verschreibungspflichtigen Arzneimitteln enthalten und für die Gesundheit der Gesamtbevölkerung relevant sind.

Was folgt daraus?

Der BPI hat daher Überlegungen angestellt, wie man die deutsche und europäische Versorgungsautarkie stärken und besonders auch Anreize für Hersteller setzen kann, wieder vermehrt in der EU zu produzieren. Für patentfreie Arzneimittel mit versorgungsrelevanten Wirkstoffen sieht der BPI einen Lösungsansatz in einer

Änderung der Regelungen zur Vergabe von Rabattverträgen durch die gesetzlichen Krankenkassen. Der BPI hat dafür ein Produktionsschrittmodell entwickelt: Bei der Vergabe von Rabattverträgen soll zugunsten des Bieters berücksichtigt werden, ob er Produktionsschritte (nämlich die Herstellung von Hilfsstoffen, die Herstellung von Wirkstoffen, die Bulkproduktion oder die Verpackung) in einem der 27 EU-Länder, in einer Freihandelszone der EU oder in Vertragsstaaten des GPA, wie z. B. USA oder Kanada, hat durchführen lassen. Der BPI hat uns gebeten, die vergaberechtliche Zulässigkeit des Produktionsschrittmodells gutachterlich zu prüfen.

Wie sind Sie vorgegangen?

Wir haben dies anhand des geltenden Rechtsrahmens des Welthandelsrechts und des EU-Rechts geprüft. Unsere Prüfung haben wir auf Arzneimittel mit versorgungsrelevanten Wirkstoffen entsprechend der BfArM-Liste beschränkt, da diese für den Gesundheitsschutz besonders wichtig sind.

Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

Wir halten das Produktionsschrittmodell des BPI für rechtlich zulässig. Es lässt sich unseres Erachtens sowohl mit dem GPA als auch mit dem EU-Vergaberecht vereinbaren: Das GPA enthält zwar ein Diskriminierungs-

„Wir halten das Produktionsschrittmodell des BPI für rechtlich zulässig.“

verbot, dieses gilt aber nur zwischen den Unterzeichnerstaaten des GPA. Bieter, die ausschließlich in Drittländern – etwa in China oder Indien – produzieren, schützt es daher nicht. Das Produktionsschrittmodell des BPI ist unseres Erachtens außerdem mit dem Unionsrecht vereinbar. Nach der EU-Vergaberichtlinie dürfen Bieter aus EU-Freihandelszonen und aus Unterzeichnerstaaten des GPA nicht ungünstiger behandelt werden als solche aus der EU. Drittstaatliche Bieter bzw. Lieferungen dürfen also nach dem sogenannten Reziprozitätsgedanken vom EU-Beschaffungsmarkt ausgeschlossen werden: Bieter aus Drittstaaten, die ihre öffentlichen Beschaffungsmärkte nicht durch internationale Übereinkommen für EU-Unternehmen bzw. EU-Waren geöffnet haben, sollen auch selbst keinen Zugang zum entsprechenden EU-Markt erhalten. Dies ist auch ausdrückliche Haltung der EU-Kommission.

Wie kann ein Produktionsschrittmodell für die Vergabe von Rabattverträgen denn nun konkret ausgestaltet werden?

Zunächst ist dafür eine gesetzliche Grundlage erforderlich, etwa in §130a SGB V, in dem auch die Rabattverträge für Arzneimittel normiert sind. Das Produktionsschrittmodell könnte dabei zunächst als zwingender Aus-

schlussgrund umgesetzt werden. Dann werden Bieter, die die Durchführung einer bestimmten Mindestanzahl an Produktionsschritten in der EU bzw. in GPA-Unterzeichnerstaaten nicht erfüllen, vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Das Modell könnte aber auch als zusätzliches Zuschlagskriterium neben dem Preis bzw. den Kosten eingesetzt werden. Bieter, die Produktionsschritte in der EU, in einer EU-Freihandelszone oder in einem GPA-Unterzeichnerstaat durchführen lassen, könnten so eine höhere Punktzahl bei der Bewertung ihres Angebots erzielen und hätten bessere Chancen, den Zuschlag zu erhalten. Bei der Gestaltung von Zuschlagskriterien muss Auftraggebern nach der Rechtsprechung des EuGHs aber ein gewisser Spielraum verbleiben, um die Besonderheiten des Einzelfalls bei der Vergabe angemessen berücksichtigen zu können. Dafür könnte dem Auftraggeber etwa freigestellt werden, das zusätzliche Zuschlagskriterium der Versorgungssicherheit nur auf bestimmte Lose oder nur auf Lose in Höhe eines festzulegenden Mindestprozentsatzes vom Auftragswert anzuwenden.

Die Vergabekammer des Bundes hat bei einer Ausschreibung der AOK Baden-Württemberg den Nachweis einer geschlossenen

Lieferkette in der EU als unzulässiges Zuschlagskriterium gewertet. Wie sehen Sie das?

Die Vergabekammer des Bundes hat den Nachweis einer geschlossenen Lieferkette in der EU aus mehreren Gründen als unzulässiges Zuschlagskriterium gewertet. Einer der Gründe war, dass die Vergabekammer Anforderungen an den Produktionsort als unzulässiges „unternehmensbezogenes“ Kriterium gewertet hat, da der Produktionsort eine unternehmenspolitische Entscheidung sei. Diese Sichtweise halten wir für zu streng: Unseres Erachtens weist das EU-/GPA-Produktionsschrittmodell durchaus einen Bezug zum spezifischen Herstellungsprozess auf, selbst wenn die Anforderung sich mittelbar auf die allgemeine Produktionspolitik des Unternehmens auswirken kann. Die angestrebte Diversifizierung von Produktionsstandorten dient außerdem in zulässiger Weise der verbesserten Versorgungssicherheit mit patentfreien Arzneimitteln. Im Fall der AOK Baden-Württemberg ist das letzte Wort übrigens noch nicht gesprochen: Der Fall ist gerade in der nächsten Instanz beim OLG Düsseldorf anhängig, dessen Entscheidung wir mit Spannung erwarten.

Herr Dr. Stein, vielen Dank für das interessante Gespräch. CL

Risiken & Nebenwirkungen

„Wir behalten das bestehende Preismoratorium bei. Das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) entwickeln wir weiter. Wir stärken die Möglichkeiten der Krankenkassen zur Begrenzung der Arzneimittelpreise. Der verhandelte Erstattungspreis gilt ab dem siebten Monat nach Markteintritt.“

Aus dem Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)

Wir begrüßen die geplante Stärkung des Pharmastandortes Deutschland und das Ziel der Entbürokratisierung. Gleichzeitig bleiben aber investitionsfeindliche Maßnahmen, wie die Deckelung der Preise durch das Preismoratorium, seit mehr als elf Jahren bestehen. Neue Arzneimittel müssen in Deutschland weiterhin schnell verfügbar sein. Die aktuelle Coronakrise belegt, wie wichtig ein innovationsoffenes System für die schnelle Verfügbarkeit von Arzneimitteln ist. Wir werden die Herausforderungen einer ökologischen Neuausrichtung der Gesellschaft und sichere Lieferketten nur erreichen, wenn es dafür verlässliche Rahmenbedingungen und auskömmliche Preise für alle Arzneimitteltherapien geben wird. CL/Aum

And the winner is ...

Beim „Pharma Trend – Image & Innovation Award“ wurden die Gewinner der Awards „Die Goldene Tablette“ und „Das innovativste Produkt“ bekannt gegeben.

Es sind die Oscars der Arzneimittelbranche: Seit über 20 Jahren kürzen Mediziner aus verschiedenen Facharztgruppen, Apotheken sowie Patientinnen und Patienten die innovativsten und nachhaltigsten Pharmaunternehmen mit dem Pharma Award „Die Goldene Tablette“ sowie die innovativsten Produkte mit dem Preis „Das innovativste Produkt“. Bei der feierlichen Preisverleihung im Ehrensaal des Deutschen Museums in München hielt BPI-Hauptgeschäftsführer, Dr. Kai Joachimsen, die Festrede: „Wir dürfen stolz sein auf die

„Die Oscars der Arzneimittelbranche.“

verfügbaren und sich ständig erweiternden therapeutischen Mittel und Möglichkeiten. Diese Errungenschaften sollten wir als Gesellschaft besser zu schätzen wissen und kultivieren. Sprich: Damit Innovationen und gute Ideen auf fruchtbaren Boden können, brauchen wir die richtigen nachhaltigen Rahmenbedingungen. Wir verfügen in Deutschland und Euro-

pa zwar über genügend Know-how, Erfindergeist und die technischen Fähigkeiten – große Innovationen zu schaffen – die Preisgewinner der ‚Goldenen Tablette‘ und des ‚innovativsten Produkts‘ sind großartige Beispiele dafür. Aber es wird immer schwieriger, diese Leistungen unter den gegebenen regulatorischen Umständen zu erbringen.“ Weitere Festredner waren der bayrische Gesundheitsminister, Klaus Holetschek, der als Schirmherr der Veranstaltung auftrat, und der Initiator, Dr. Dieter Jung, Geschäftsführender Gesellschafter des Eurecon Verlags. FL



Foto: Eifingerphotography

„Die Veranstaltung ist wichtig, weil hier innovative Therapiefortschritte aus allen Bereichen nicht nur gezeigt, sondern auch entsprechend gewürdigt werden“, sagte BPI-Hauptgeschäftsführer Dr. Kai Joachimsen.

KOMPAKT

ANTIBIOTIKARESISTENZEN

Gemeinsamer
Appel an G7

Im Rahmen der „World Antimicrobial Awareness Week“ haben 20 Organisationen aus den Bereichen Wissenschaft, Global Health und Pharma, darunter der BPI, an die G7-Staaten appelliert, Antibiotikaresistenzen mit Hilfe eines gemeinsamen Vorgehens von öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft verstärkt zu bekämpfen.

PS

INNOVATIONSPOLITIK

Gemeinsame
Stellungnahme

Während der Regierungsbildung appellierten 24 Verbände der Berliner Forschungslandschaft, darunter der BPI, den Innovationsstandort Deutschland zu stärken. In einer gemeinsamen Stellungnahme legten sie ihre Forderungen und Empfehlungen für die Forschungs- und Innovationspolitik in der 20. Legislaturperiode dar.

LL

INTEGRATIVE MEDIZIN

Evidenzlage
im Fokus

Prof. Dr. med. Harald Matthes, Leiter des Klinikum Havelhöhe, gab einen digitalen Impulsvortrag zum Thema „Integrative Medizin – eine Standortbestimmung zur Begrifflichkeit und Evidenzlage“. Am Beispiel von homöopathischen und anthroposophischen Arzneimitteln erläuterte er Definitionen und wo wir aktuell in der Diskussion stehen.

LL

„Keine einseitige Kostendiskussion“

Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte werden trotz Coronakrise zu häufig nur als belastender Ausgabenfaktor für das Gesundheitssystem betrachtet.



Foto: BPI e.V.

Die Pressekonferenz fand im Rahmen der BPI-Hauptversammlung digital statt.

Es war noch nie so offensichtlich, wie existenziell die Bekämpfung von Krankheiten für unser Land und für die Ökonomie, die Kultur, das Sozialleben und jeden Einzelnen ist“, betonte Dr. Hans-Georg Feldmeier, BPI-Vorsitzender, auf der digitalen Pressekonferenz am Rande der BPI-Hauptversammlung.

„Tatsache ist aber, dass sie nur einen relativ kleinen und seit Jahren stabilen Anteil an den Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausmachen. Der GKV-Anteil am BIP liegt seit Jahren konstant bei

rund einem Prozent und der Anteil der Arzneimittel am GKV-Gesamtmarkt beläuft sich nach Abzug der Abschläge auf aktuell rund elf Prozent“, konstatierte Dr. Feldmeier gegenüber den zugeschalteten Medien. Daraus zog er den Schluss: „Wir sind nicht bereit, eine einseitige Ausgabendiskussion zu führen. Jede erfolgreiche Arzneimitteltherapie hat einen unmittelbaren Effekt auf die Senkung der krankheitsbedingten Folgekosten, wie beispielsweise die Senkung von Arbeitsausfallzeiten oder die Verkürzung von Krankenhausaufenthalten. Das beste Beispiel

dafür ist der erfolgreiche Einsatz der Coronaimpfstoffe. Als eine der wichtigsten Säulen des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Deutschland sichert die Pharmaindustrie Arbeitsplätze, stärkt regionale Standorte und setzt sich für zukunftsweisende Technologien ein, um unsere Gesundheitsversorgung für künftige Herausforderungen zu wappnen. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und auskömmliche Preise für alle Arzneimitteltherapien. Die neue Bundesregierung muss die Rabattpolitik der letzten Jahre dringend korrigieren.“

FL

WISSEN, WAS LÄUFT

TAGUNG

35. BPI-Unternehmertag

Wann: 23.03.2022
9:30 bis 16:30 Uhr

Wo: Berlin

Anmeldungen: Unter dem Stichwort „BPI UT 2022“
veranstaltungen@bpi.de
www.bpi.de

ONLINESEMINAR

Kompaktwissen NIS

Wann: 31.03.2022
9:30 bis 16:30 Uhr

Wo: Am Arbeitsplatz/online

Anmeldungen:
Martina-Helena Hermann
+49 30 279 09-188
collpharm@bpi-service.de

ONLINESEMINAR MIT WORKSHOP

Audit und Selbstinspektion im Ausbildungsformat

Wann: 17. bis 19.05.2022
jeweils 9:30 bis 16:30 Uhr

Wo: Am Arbeitsplatz/online

Anmeldungen:
Martina-Helena Hermann
+49 30 279 09-188
collpharm@bpi-service.de

Weitere Infos zu Terminen



www.bpi.de

AMNOG-Daten 2021

Über das AMNOG hinaus liefert die neueste Auflage der AMNOG-Daten Analysen über Nutzenbewertungen und die Preisfindung bei Arzneimittelinnovationen.

Gerade bei hochpreisigen innovativen Therapien – wie den Advanced Therapy Medical Products (ATMP) – können ergänzend zu den AMNOG-Prozessen Outcome-bezogene Erstattungsmodelle sinnvoll sein.

Sie könnten sowohl den generellen Zugang zum medizinischen Fortschritt als auch seine Finanzierbarkeit erleichtern. „Durch die Anwendung ergebnisorientierter Erstattungsmodelle könnte es zu einer besseren Risikoteilung zwischen Hersteller und Krankenkasse kommen als mit den herkömmlichen Erstattungsbeträgen“, schreiben die Autoren der AMNOG-Daten, die Gesundheitsökonom Prof. Dieter Cassel und Prof. Volker Ulrich. Ein reformpolitisch „wichtiger Schritt“ sei auch die Wiedereinführung eines Risikopools im morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA), doch müsse er so ausgestaltet sein, dass es keine „Fehlanreize“ gebe, indem prospektive Ratenzahlungsmodelle mit klassischen Einmalzahlungen gleichgestellt werden.

Als weitere „Baustelle“ identifizieren Cassel und Ulrich die sogenannte „NUB-Lücke“ bei neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden im Kran-

kenhaus. Der Erstattungsprozess sei hier sehr zeitintensiv, nicht rechtssicher und „für alle Beteiligten aufwendig“. „Der verhandelte Erstattungsbetrag aus dem AMNOG-Verfahren sollte daher unmittelbar auch für die stationäre Behandlung gelten“, schlussfolgern die Autoren. Die Regelungen, dass bereits mit der erwarteten Zulassung eines ATMP krankenhausspezifische Vereinbarungen zu Zusatzentgelten verhandelt werden können und es einen weiteren Termin für NUB-Anträge gebe, lösen die Probleme aus Sicht der Autoren „nur partiell“: Es bestehe also weiterer Handlungsbedarf.

Die bereits im fünften Jahr von Cassel und Ulrich verfassten und vom BPI herausgegebenen AMNOG-Daten informieren ausführlich über Grundlagen, Abläufe und Ergebnisse der Nutzenbewertung und Preisfindung neuer rezeptpflichtiger Arzneimittel in Deutschland und gehen kritisch auf reformbedürftige Aspekte der AMNOG-Regulierung ein. Die AMNOG-Daten 2021 sind online frei einzusehen oder als Broschüre zu bestellen.

FLVA

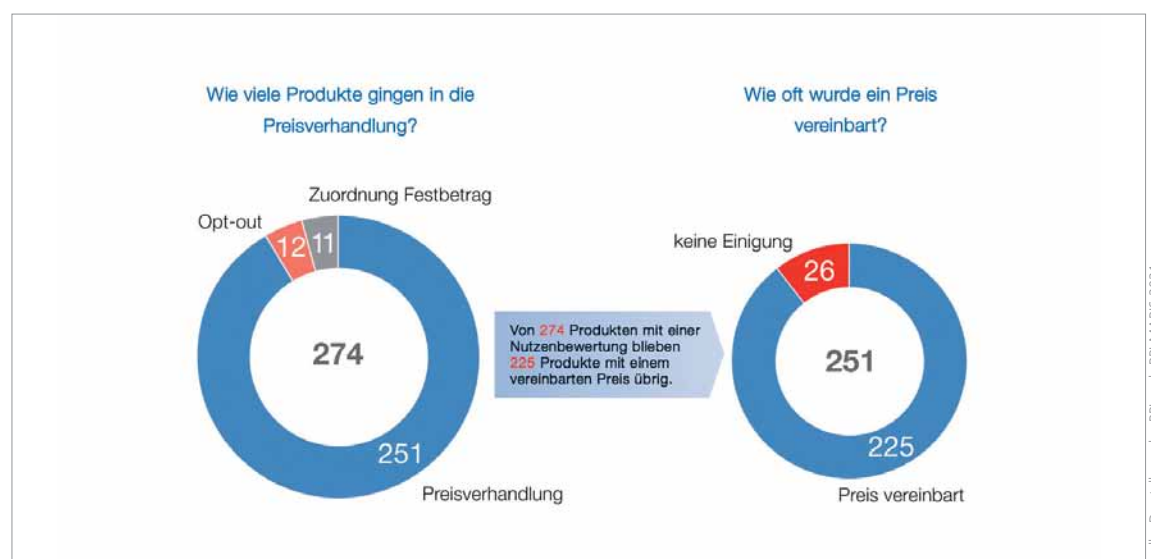


Foto: BPI e. V.

„Sowohl den generellen Zugang zum medizinischen Fortschritt als auch seine Finanzierbarkeit erleichtern.“

GRAFIK DES QUARTALS

Ergebnisse im Preisfindungsprozess, 2011 bis 2020



BPI-Grafik

Die Grafik ist der aktuellen Ausgabe der „AMNOG-Daten“ entnommen. Das Branchen-Standardwerk können Sie mit dem QR-Code abrufen.



Die Abbildung veranschaulicht abschließend, wie viele Produkte den Preisfindungsprozess mit einem Erstattungsbetrag abgeschlossen haben: Nach 12 Rückzügen (Opt-outs) und 11 Festbetragszuordnungen wurden für 251 Verhandlungen durchgeführt. Bis Ende 2020 wurden 225 Erstattungsbeträge vereinbart.

Corona hält Forschung nicht auf

Die starke Orientierung der Chemie- und Pharmaindustrie auf Innovationen hilft der Branche bei der Krisenbewältigung während der Coronakrise.

Innovationen bringen Chemie und Pharma erfolgreich durch die Coronakrise. Die Pandemie hat zwar Spuren in Forschung und Entwicklung der Branche hinterlassen, doch sie setzt weiter auf innovative Produkte und Verfahren als Garant für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Um die negativen Folgen der Pandemie auf die Forschungsbudgets zu mildern, hat nach Angaben des VCI knapp die Hälfte der Chemie- und Pharmaunternehmen die Laufzeiten von Forschungs- und Entwicklungsprojekten gestreckt.

27 Prozent der Unternehmen haben ihre Forschungsvorhaben später gestartet. Aber nur vereinzelt wurden Projekte gestrichen (16 Prozent) und noch seltener Innovationsaktivitäten (3 Prozent) ganz aufgegeben.

Mit Blick auf den immer stärker werdenden weltweiten Wettbewerb der Forschungsstandorte fordert Thomas Wessel, Vorsitzender des VCI-Ausschusses Forschung, Wissenschaft und Bildung, für Deutschland ein Innovationspaket. Es reiche nicht aus, die Forschung der Unternehmen nur

wohlwollend zu betrachten: „Erforderlich sind auch dauerhaft hohe Investitionen des Staates in Forschung und Entwicklung, Planungssicherheit für Unternehmen und eine generelle Technologieoffenheit.“

Konkret erwartet Wessel von der künftigen Bundesregierung, die Forschungszulage auf ein internationales Niveau auszubauen, um höhere Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von Industrie und Wirtschaft zu generieren. Die Rahmenbe-

dingungen für Wagniskapital müssten ebenfalls verbessert werden, um Investitionen in Deutschland zu ermöglichen. Und auch der Bildungssektor müsse durchstarten, um einem weiteren Fachkräftemangel vorzubeugen. Dazu müsse der Staat mehr Geld in Bildung investieren, mehr und besseren naturwissenschaftlichen Schulunterricht anbieten und die Qualität der Hochschulausbildung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften steigern. MZ



Foto: Shutterstock/Gorodenkoff

Trotz der Pandemie hielten viele Chemie- und Pharmafirmen ihre Forschungsprojekte am Laufen.

Pharmastandort Bayern soll gestärkt werden

Bayerisches Wirtschaftsministerium und Bayerisches Gesundheitsministerium schreiben die Gemeinsame Erklärung mit der Pharmaindustrie fort.

Seit 2014 findet der „Pharmagipfel Bayern“ als Dialogformat zwischen den Bayerischen Ministerien und der Pharmabranche statt. Zuletzt wurden 2019 zahlreiche Pharmathemen diskutiert. Ministerien und Industrie hatten sich damals auf viele gemeinsame Positionen und Maßnahmen verständigt.

Die COVID-19-Pandemie hat den Blick nochmals geschärft. Zwar ist die Innovationskraft der deutschen Pharmabranche eindrucksvoll belegt worden. Gleichzeitig hat die Pandemie Optimierungspotenziale aufgezeigt. Die Gemeinsame Erklärung aus 2019 brauchte ein Update! Am 9. November wurde es unterzeichnet. Der Gesundheits- und der Wirtschafts-

„Im Interesse der Patienten, Gesellschaft und Wirtschaft.“

minister in Bayern setzen sich gemeinsam mit den Unternehmen für einen starken Pharmastandort Bayern ein. Das ist im Interesse der Patienten, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Neben den vielen Einzelthemen ist das wohl die Hauptbotschaft der aktualisierten Gemeinsamen Erklärung. Sie enthält eine Vielzahl ganz konkreter Maßnahmen, darunter die Stärkung des Patentschutzes und die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. In 20 Kapiteln werden Themen rund um Innovation, Marktzugang, Erstat-

tung, Digitalisierung, Datennutzung, und Rahmenbedingungen adressiert. Oliver Kirst, Vorstand BPI LV Bayern, sagte: „Die überaus konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen des diesjährigen Pharmagipfels hat das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Ministerien und Wirtschaft erneut gestärkt. Ich freue mich sehr, dass von Staatsregierung und Industrie eine gemeinsame Position zu aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik erarbeitet werden konnte, in der auch konkrete Vorstellungen bezüglich der Weitergabe von Gesundheitsdaten aus der elektronischen Patientenakte an das Forschungsdatenzentrum formuliert wurden.“ MB



BEIPACKZETTEL

Praktische Tipps

Dr. Martin Allwang, promovierter Apotheker und Leiter der pharmazeutisch-wissenschaftlichen Redaktion des „Wort und Bild“-Verlags, erklärt, wie unterschiedliche Arzneimittel im Körper wirken. Von Aerosolen zum Inhalieren über Kapseln und Tropfen bis hin zu Zäpfchen – die Palette an Arzneiformen ist groß, doch wie wende ich sie richtig an? Antworten liefert der Ratgeber mit kurzen Texten und anschaulichen Illustrationen.

So wirkt's!
Medikamente richtig anwenden.

Dr. Martin Allwang
Wort & Bild Verlag
Konradshöhe
GmbH & Co. KG
1. Auflage
2021
160 Seiten
ISBN 3927216712
14,99 EUR



Foto: Landesapothekerkammer Baden-Württemberg

NACHGEFRAGT BEI

Dr. Martin Braun

Sie wurden im September zum neuen Präsidenten der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg gewählt. Worin sehen Sie persönliche Schwerpunkte in Ihrer Arbeit?

Der Hauptschwerpunkt meiner Arbeit liegt darin, die heilberufliche Komponente der Apothekerschaft stärker herauszustellen. Mir ist es besonders wichtig, den großen Beitrag der Apothekerschaft und inhabergeführten Apotheken für unser Gesundheitssystem in den Vordergrund zu rücken.

Sie sind promovierter Pharmazeut. War die Pharmaindustrie schon immer Ihre Wunschbranche?

Die Entscheidung war gar nicht so einfach. Ich absolvierte mein Pharmaziepraktikum komplett in einer Apotheke, um dieses Tätigkeitsfeld in seiner Breite erfassen zu können. Nach diesem Jahr entschied ich mich aber, meine Promotionsarbeit anzufertigen. Wie es der Zufall wollte, arbeitete ich währenddessen eng mit der Firma Schwabe zusammen. Der

nächste logische Schritt war dann, in Richtung Pharmaindustrie zu gehen.

Ein Blick auf Ihre Vita zeigt, dass Sie Baden-Württemberg seit längerer Zeit verbunden sind. Was liegt Ihnen an dem Bundesland besonders am Herzen?

Mit Baden-Württemberg verbinde ich Heimat, schließlich bin ich am Fuß des Schwarzwaldes aufgewachsen. Hinzu kommt, dass wir hier eine sehr starke Pharmaindustrie haben.

Was bereitet Ihnen in Ihrer Freizeit am meisten Freude?

Mit meiner Position bei Schwabe und der Präsidentschaft bin ich gut ausgelastet. Sollte ich aber mal Zeit haben, dann bin ich gern in meinem Garten und freue mich an dem, was da so wächst – leider habe ich keinen grünen Daumen. Ich bin gern in der Natur, wandere und fahre mit dem Mountainbike. Aber manchmal gönne ich mir auch den Luxus, einfach nur auf der Couch zu liegen und in Hörbücher einzutauchen, gerne auch auf Englisch!

LL

Zur Person

Dr. Martin Braun leitet die Produktion an den drei deutschen Standorten der Dr. Willmar Schwabe GmbH & Co. KG. Seit September ist er als Präsident der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg ehrenamtlich tätig. Er lebt und arbeitet im Raum Karlsruhe.

„Den Beitrag der Apothekerschaft in den Vordergrund rücken.“

PERSONALIEN

+++ **Dr. med. Klaus Reinhardt** bleibt Vorsitzender des Hartmannbundes. Die Hauptversammlung bestätigte ihn zum dritten Mal in seinem Amt. +++ **Peter Stenico** ist neuer Vorstandsvorsitzender von Pro Generika. Er folgt

auf den langjährigen Vorsitzenden **Wolfgang Späth**. +++ Der Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V. (SpifA) hat im Zuge von Nachwahlen **Dr. med. Helmut Weinhart** zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes gewählt. Neuer Hauptgeschäftsführer wird **Robert Schneider**.

+++ **Dr. Günther Matheis** ist neuer Vizepräsident der Bundesärztekammer. +++ **Dr. Boris Thurisch** ist zurück im BPI. Er vertritt im Management Board den Bereich „Safety Affairs“, leitet das neu gegründete „BPI-Vigilanz-Center“ und verantwortet das Geschäftsfeld „Umwelt und Nachhaltigkeit“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI)
Friedrichstraße 148
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2 79 09-0
Fax: +49 30 2 79 09-3 61
E-Mail: pharmareport@bpi.de
Internet: www.bpi.de

Kontakt:
pharmareport@bpi.de

E-Mail: chv@konradin.de
Internet: www.konradin.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Veit Anton (VA)
Markus Born (MB)
Christine Lietz (CL)
Pablo Serrano (PS)
Britta Marquardt (BMq)
Monica von Zedlitz (MZ)

Druck:
Konradin Druck GmbH
Kohlhammerstraße 1–15
70771 Leinfelden-Echterdingen

Erscheinungsweise:
4 x jährlich

Chefredakteur (verantwortlich):
Andreas Aumann (Aum)

Verlag und Gestaltung:
Christina Saroulidou
Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH
Ernst-Mey-Straße 8
70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: +49 711 7594-0

Bildnachweise (Piktogramme):
iStock.com/Jane Kelly (Spritze, Stethoskop, Tablette),
© andromina/stock.adobe.com (Brandenburger Tor), © godruma/stock.adobe.com (Aesculap)

Redaktion:
Fabian Locher (FL)
Laura Lehmann (LL)



Schreiben Sie uns

Redaktion
Pharmareport
c/o Bundesverband
der Pharmazeutischen
Industrie e.V. (BPI)
Friedrichstraße 148
10117 Berlin
pharmareport@bpi.de

BPI Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI) vertritt als einziger Verband das breite Spektrum der Pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Rund 270 Unternehmen mit circa 78.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen.

Mehr unter: www.bpi.de

